



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel (Vom 3. bis 11. Juni)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 3. bis 11. Juni)

Innere Politik

Der Hansabund — Seine Ziele und seine Gegner — Die erste Heerschau

Der Hansabund hat seine Getreuen auf den Tag, an dem vor zwei Jahren in jener eindrucksvollen Versammlung deutscher Kaufleute seine Gründung erfolgte, zu einer Heerschau nach Berlin entboten. Mit nicht abzuleugnender Begeisterung ist damals der Zusammenschluß der Vertreter von Handel und Industrie zu einer Kampforganisation erfolgt; besonders imponierend war die Einmütigkeit, mit der sich alle Kreise, die hohe Finanz und die Großindustrie nicht minder wie der Kleinhandel, der Mittelstand und die Scharen der Angestellten in die neue Pbalanz einreichten. Es galt den Kampf gegen die einseitig agrarische Richtung aufzunehmen, in welche die Gesetzgebung durch die Parteiverhältnisse und die dominierende Stellung des Bundes der Landwirte allmählich gedrängt worden war und die zuletzt bei der Reichsfinanzreform einen so schmerzlich empfundenen Ausdruck gefunden hatte. Der Gedanke, dem Bunde der Landwirte eine gleich starke, wenn nicht stärkere Organisation des Handels entgegenzusetzen, war ein glücklicher. Nur auf dem Wege des Zusammenschlusses, und zwar eines möglichst umfassenden Zusammenschlusses, war es möglich, für Handel und Industrie die Berücksichtigung durchzusetzen, auf welche sie angesichts ihrer Bedeutung für das heutige Deutschland Anspruch haben und welche sie oft genug nicht haben erzwingen können, nicht nur weil die Parteiverhältnisse in den Parlamenten an sich ungünstig lagen, sondern vor allem auch weil geeignete Wortführer, Männer der Praxis aus Handel und Industrie, in viel zu geringer Zahl sich dort vertreten fanden. Die Ziele des Hansabundes sind also solche, die jedermann, auch die Regierung und die Gegner, billigen müßte. Denn es kann keine Forderung geben, die einfacher, logischer und berechtigter wäre als die, daß die Stände, auf denen vornehmlich der wachsende Wohlstand und die Wohlfahrt des neuen Deutschland beruhen, ihrer Bedeutung entsprechend im Parlament vertreten sein müssen. Man kann vielleicht bedauern, daß im Reichs- wie im Landtag eine so scharfe Scheidung der Geister nach Sonderinteressen Platz gegriffen hat. Diese Entwicklung läßt sich aber nicht aufhalten, denn sie ist ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Kämpfe, welche der Übergang vom Agrar- zum Industriestaat herausbeschworen hat. Der Hansabund hat denn auch von vornherein geflissentlich betont, daß seine Tendenz keine der Landwirtschaft feindliche sei, daß er das Bestreben der Landwirte, ihre Interessen da zu schützen, wo sie bedroht erschienen, anerkenne und nur für Handel und Industrie das gleiche verlange. Wie nun aber die Dinge bei uns liegen, wo die konservativen Parteien, als privilegierte Hüter der landwirtschaftlichen Interessen, einen weit größeren Einfluß auf Verwaltungspraxis und Gesetzgebung haben als irgendeine andere Partei, konnte die Gründung des Hansabundes von konservativer Seite nicht anders, als ein Einbruch in die eigene Machtsphäre, das heißt also mit äußerster Feindschaft aufgefaßt werden. Das ist denn auch, wie die Haltung der Presse und namentlich die Angriffe von seiten des Bundes der Landwirte bezeugen, in einem Maße geschehen, das wohl sogar den Führern

des Hansabundes überraschend und zum Teil unbequem war. Der Sammelruf, den sie hatten ergehen lassen, vereinigte unter ihrer Fahne zwar eine fast vollständige Vertretung aller Schichten, die am gewerblichen Leben beteiligt sind, damit zugleich aber auch weitgehende politische Gegensätze. Das trat in charakteristischer Weise schon in der Gründungsversammlung hervor, wo die Rede Kirndorfs, die nicht ganz programmäßig ausklang, einen Sturm des Unmuts auf vielen Seiten entfesselte, so daß es der ganzen Geschicklichkeit und Energie des Leiters bedurfte, um dieses gefährliche Improptu unschädlich zu machen. Was nämlich den Bund der Landwirte so außerordentlich stark macht und ihm eine solche Stoßkraft verleiht, die einfache politische Formel und das fest umrissene, gleichfalls äußerst einfache wirtschaftliche Programm, das steht dem Hansabund nicht zur Verfügung. Die Gesamtvertretung von Industrie und Handel, die er darstellt, kann weder ein einheitliches politisches noch auch nur ein einheitliches wirtschaftliches Programm haben. Gehören doch zum Hansabund ebensowohl die Hochschutzzöllner der Großindustrie und die Mittelstandsleute, die bisher gewohnt waren, auf der Rechten ihren Anschluß zu finden, als die linksliberalen Freihändler, Widersacher einer ausgedehnten Sozialpolitik ebensogut wie Anhänger einer solchen, Vertreter der Großbetriebe und der Warenhäuser wie die abgeschworenen Feinde der letzteren. Fürwahr, es erfordert keine geringe Geschicklichkeit, über so viel Widersprüche und Gegensätze hinweg das Einigende festzuhalten und einen so bunt gemischten Heerhaufen zum Kampf und Sieg zu führen. Der Kampf läßt sich nicht vermeiden, nachdem man auf Seiten der Agrarier eine so feindschaftliche Stellung eingenommen und gezeigt hat, daß man nicht gewillt ist, mit dem Hansabund zu paktieren. Es gilt also für letzteren, diese Frontstellung gegen rechts klar zum Ausdruck zu bringen, wenn er bei den kommenden Wahlen sein Ziel erreichen will. Dürfen wir unter solchen Umständen hoffen, daß der Hansabund die mit so viel Begeisterung übernommene Aufgabe wird lösen können? Die bevorstehende Tagung wird eine Antwort auf diese Frage kaum geben. Aber man darf doch aus der Einmütigkeit, mit welcher die Mitglieder der Einladung zu diesem ersten Hansatag gefolgt sind, noch mehr aber aus dem Umstand, daß die Rednerliste stark mit Namen besetzt ist, die als Vertreter rechtsstehender Elemente der Detaillisten und Mittelstandsvereinigungen erscheinen, den Schluß ziehen, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit mächtig gewachsen und stark genug ist, alles Trennende zu überwinden. Möge die Tagung daher ein gutes Omen für die bevorstehenden schweren Zeiten der praktischen Arbeit sein.

Verfassungsfragen

Parlamentarismus in Deutschland — Otto Hinz über Parlamentarismus — Theorie und Praxis — „Einfluß“ des Zentrums — Fürst Bülow und das Zentrum — Risiko seiner Politik — Des Monarchen Auffassung von seiner Stellung

In den letzten Wochen wurde die Frage vielfach erörtert, ob in Deutschland die Einführung des Parlamentarismus möglich sei. In linksliberalen Kreisen neigt man ohne weiteres zu der Auffassung, daß Organisationen, zu denen andere Kulturstaaten gelangt seien, auch bei uns nach Überwindung gewisser Vorstadien Eingang finden würden und zum Heile der Nation auch finden müßten; in konservativen Kreisen bekämpft man solche Auffassungen und

erklärt, der Parlamentarismus sei, ganz abgesehen von seiner Schädlichkeit, für Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit. Bei den Mittelparteien sieht man in der Einführung des Parlamentarismus theoretisch wohl eine wünschenswerte Entwicklung, doch beurteilt man die historisch begründete Stellung der Monarchie derart, daß man an die Möglichkeit der Einführung eines parlamentarischen Systems nicht recht glaubt. Dieser letzten Auffassung bietet neue Nahrung ein hochinteressanter Aufsatz des Berliner Historikers Otto Hinzke in den Preußischen Jahrbüchern (Bd. 144, Heft III). „Das monarchische Prinzip“, so heißt es dort, „ist also mit der ganzen Struktur des Staatswesens in Preußen wie im Reiche derart verwachsen, daß es ohne eine völlige Umwandlung desselben, wie sie wohl nur durch eine Revolution bewirkt werden könnte, nicht durch das Prinzip der parlamentarischen Regierung ersetzt werden kann.“ Auch der Reichsbote (4. Juni) nimmt einen ähnlichen Standpunkt ein, indem er auf die historische Entwicklung bei uns und in anderen Ländern hinweist. Ehe ich auf die Einzelheiten eingehe, auf die es ankommt, sei auf eine Lücke in Hinzkes Beweisführung hingewiesen, die sich im übrigen bei jeder historisch-wissenschaftlichen Untersuchung finden wird, die das Zeitalter des Forschers selbst betrifft. Der Staatsrechtshistoriker wird sich naturgemäß in erster Linie an die Formen halten, die gewissermaßen die historische Anerkennung der Tatsachen darstellen. Er wird von ihnen ausgehend auch folgern dürfen, daß in Deutschland das parlamentarische System so gut wie ein Ding der Unmöglichkeit sei (Preuß. Jahrb. Bd. 144 Heft III S. 402). Der streng wissenschaftlich arbeitende Historiker darf, will er seinen Ruf als Gelehrter nicht schädigen, die ihm zugegangenen Nachrichten über die politischen Vorgänge der Umwelt lediglich als Daten registrieren, nicht aber als feststehende Tatsachen hinhnehmen und zur Begründung seiner Behauptungen verwenden. Würde er von diesem Grundsatz abweichen, dann käme er in das Gebiet der journalistischen Tätigkeit, die aus einer Folge von Einzeltatsachen, auch wenn sie wissenschaftlich nicht einwandfrei beweisbar sind, den allgemeinen Lauf der Entwicklung feststellen darf. Der Journalist ist in der Benutzung des Tagesmaterials freier als der Gelehrte, wird aber den historischen Wahrheiten um so näher kommen, je reiner seine Quellen sind und je vorsichtiger er das ihm daraus zufließende Material verwendet.

Hinzke schreibt Seite 402,03: „Im parlamentarischen System regieren die Parteien geradezu; im monarchisch-konstitutionellen System üben sie höchstens einen Einfluß aus, der durch das Medium des königlichen Ministeriums hindurchgehen muß, um wirksam zu werden.“ Formell ist in der Tat auch bei uns im Reich und sogar in Bayern der Anschein gewahrt, daß keine der bestehenden Parteien „regiert“. Selbst unsere radikale Presse steht in dieser Beziehung so stark im Banne der Form, daß sie nur sehr selten dazu kommt, eine Partei als die herrschende zu bezeichnen; immer sind es Parteikombinationen, auf die verwiesen wird — freilich nicht ohne eine gewisse Absichtlichkeit; denn es gilt ihr ja in erster Linie, die Aristokratie zu bekämpfen. Materiell aber erscheinen die gegenwärtigen Beziehungen zwischen der Regierung und der auf sie Einfluß übenden Partei in wesentlich anderem Lichte. Seit vielen Jahren ist die formell monarchisch-konstitutionelle Regierung in Deutschland nicht imstande, auch nur einen Gesetzesentwurf durchzubringen, über den nicht vor dessen parlamentarischer Behandlung und vollständig

unabhängig von den Besprechungen mit den anderen maßgebenden Parteien eine Einigung innerhalb der Zentrumsparlei stattgefunden hätte. Wie sich dann im Laufe der parlamentarischen Bearbeitung des Entwurfs die definitive Mehrheit im Gesamtreichstag bildet, das liegt schließlich auch wieder beim Zentrum, je nachdem dieses sich bei seinem Votum mehr auf den demokratischen als auf den aristokratischen Flügel seiner Organisation stützt. Formell herrscht das monarchisch-konstitutionelle System, formell geht der „Einfluß“ des Zentrums auch „durch das Medium des Königlichen Ministeriums“, aber, und darauf kommt es an: das Ministerium scheint nur so lange das Medium bilden zu können, solange es mit der Zentrumsparlei in der allgemeinen Richtung der Politik einig geht. Weicht diese Richtung von den dem Zentrum vorschwebenden Zielen ab, dann ignoriert es das Medium und ruht nicht eher, als bis der Monarch einen dem Zentrum genehmeren Mann gefunden hat. Damit aber fällt die andere Säule der Beweisführung Hingés zusammen. Hingé bezeichnet zutreffend als ein wichtiges Merkmal für das monarchisch-konstitutionelle System die Freiheit des Monarchen, sich seine Minister nach eigenem Ermessen zu ernennen. Wir meinen, mit der Ernennung ist es nicht abgetan; der Monarch muß auch — sollte Hingés Auffassung mit der Praxis übereinstimmen — in stande sein, den von ihm ernannten Minister zu halten. Ist aber der „Einfluß“ einer und zwar immer wieder derselben Partei auf die Regierung so groß, daß diese keinen Schritt tun kann, ohne deren Einverständnis für eine beabsichtigte Aktion zu besitzen, dann sind die Grenzen des monarchisch-konstitutionellen Systems überschritten, zum mindesten arg verwischt. Und wie der Luftschiffer sich in der Höhe vor den verschwommenen Rändern der Kumuluswolken fürchtet, so muß der Staatsmann gerade auf dem Gebiete der Verfassung verschwommene Grenzen fürchten. Dort sammelt sich die Elektrizität der Atmosphäre, und von dort zuckt gerade der zündende Strahl, der den kühnen Flieger zerschmettert.

Fürst Bülów sah die ihm zufallende wichtigste Aufgabe in der inneren Reichspolitik in der Beseitigung dieser für die Krone gleich unwürdigen wie gefährlichen Zustände, und man muß es ihm lassen, daß er wie ein Löwe gekämpft hat, um zu seinem Ziele zu gelangen. Die Zeit von der Gründung der deutschen Vereinigung an bis zur letzten Reichstagsauflösung ist erfüllt von öffentlichen und heimlichen Kämpfen der Regierung um die Befreiung aus dem Zentrumsjoch. Die Mittel waren dabei recht wechselnd, und es wurden sogar Dinge gut geheißén, die in scharfem Widerspruch zu der altpreußischen Beamtentradition stehen. In Rheinland und Westfalen weiß man davon einiges zu erzählen. Bis zum Jahre 1906 waren alle diese Versuche von der sichtbaren Tendenz getragen, das monarchisch-konstitutionelle System wieder in voller Reinheit herzustellen. Fürst Bülów sträubte sich damals gegen jede Maßregel, die auch nur den Anschein erwecken konnte, daß die Entwicklung zum Parlamentarismus führe, und sann auf Mittel, das auch von ihm als möglich gefürchtete abzuwenden. Er wurde in seiner ablehnenden Haltung durch das Beharren der Sozialdemokratie im Radikalismus, aber auch durch Zeichen der Annäherung zwischen den bürgerlichen Parteien bestärkt. Im Block hoffte er die glückliche Kombination gefunden zu haben, die eine Demokratifizierung der Regierungsform verhindern würde. Als er sich aber in diesem Glauben getäuscht sah, da erkannte er, ob mit oder ohne Behagen ist

hier völlig belanglos, daß ein Ausweg lediglich in einer stärkeren Heranziehung der Gesamtheit des deutschen Volkes zur verantwortlichen Teilnahme an der Regierung zu finden war. Daß bei diesem Wandel die Vorkommnisse in der auswärtigen Politik nicht ohne Einfluß geblieben waren, braucht für diejenigen, die Bülow's Diplomatenstolz kennen, nicht näher begründet zu werden.

Seit Bülow's Fortgange hat sich innerhalb der Parteien manches geändert. Rückschauend auf die Kämpfe des Jahres 1907 möchte es mir scheinen, daß sie zu früh kamen. Weder war die Einigung im liberalen Lager weit genug fortgeschritten, noch vermochte der Revisionismus innerhalb der sozialdemokratischen Partei so stark zu wirken, daß an eine positive Mitarbeit dieser Partei gedacht werden konnte.

Sinke, der bei Drucklegung seines Aufsatzes von den Überraschungen, die Genosse Frank uns bereitet hat, noch nicht unterrichtet sein konnte, stellt der Sozialdemokratie ein so schlechtes Zeugnis aus, daß er sie für seinen Ausblick in die Zukunft tatsächlich nicht in Betracht ziehen durfte. Statt dessen betont er einen Faktor stärker, der eher hemmend als fördernd auf den Parlamentarismus wirken muß; ich meine die Auffassung des Monarchen von seiner Stellung. Was Sinke darüber sagt, ist außerordentlich fein entwickelt und deckt sich durchaus mit den Wünschen, die in den Grenzboten vertreten werden. „Das Ziel der zukünftigen Entwicklung“, schließt der erwähnte Aufsatz, „aber möchte ich doch mehr in der Wiederaufnahme des Gedankens sehen, der den König als den Repräsentanten der Staatsidee auffaßt. In diesem Gedanken liegt, wie es scheint, eine Kraft, die der demokratischen Entwicklungstendenz der Gegenwart eher gewachsen ist als die legitimistisch-religiöse Idee, weil sie auf einer modernen Welt- und Staatsanschauung beruht. Nicht im Gegensatz zu einer solchen Staats- und Weltanschauung, sondern nur in der Anpassung an sie wird das monarchische Prinzip sich auch in Zukunft behaupten können.“ Sinke schränkt damit die weiter oben zitierten Sätze ein und zeigt der Regierung den Weg, auf dem sie die für Deutschland scheinbar günstigste Regierungsform, die reine monarchisch-konstitutionelle, erhalten könnte. Wie weit der Autor von der Wahrscheinlichkeit der Befolgung seiner Ratschläge überzeugt ist, wird in dem Aufsatz nicht näher präzisiert; der Leser muß je nach seiner Auffassung von der Persönlichkeit des Monarchen sich die Antwort selbst darauf geben.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt weisen viele Anzeichen eher auf eine enge Anlehnung der Krone an den Altar hin. Nicht ohne Einfluß auf den Träger der Krone, der in einem festen Kirchen- und Autoritätsglauben aufgewachsen ist, mag die stellenweise bis zur Kirchenfeindschaft ausgeartete Agitation gegen das Kirchenregiment sein. Besonders in der evangelischen Landeskirche machen sich seit einer Reihe von Jahren Strömungen bemerkbar, die dem Kaiser als revolutionär und staatsfeindlich dargestellt werden können, wenn sie auch in erster Linie einem zunehmenden religiösen Bedürfnis entspringen. So scheint es denn, daß die nächste Entwicklung, wenigstens soweit die Regierung dafür in Betracht kommt, sich gerade in der Richtung bewegen wird, die zur Stärkung der Zentrumsmacht führen muß und die einer baldigen Sammlung der außerhalb des Zentrums stehenden Teile der Nation nicht sonderlich günstig ist. Wären die bürgerlichen Parteien von Raumann bis Heydebrand einig in der Bekämpfung der Zentrumshegemonie, dann

könnte ich mit Hingabe den formellen Einzug des Parlamentarismus in Deutschland für unwahrscheinlich halten. Da aber diese Einigung schier ein Ding der Unmöglichkeit geworden, da ferner neuerdings praktische Beispiele der Möglichkeit eines Zusammenarbeitens zwischen Regierung und Sozialdemokraten vorliegen, sehe ich den Parlamentarismus in Deutschland einziehen, getragen auf den Schultern der Zentrumsparthei, der Sozialdemokraten und eines großen Teiles der Liberalen. G. Cl.

Bank und Geld

Die Kaliindustrie — Londoner Bankbruch — Kurssteigerung der reinen Kohlenwerte

Kein Industriezweig gibt dauernd so viel Anlaß, sich eingehend mit seinen Verhältnissen zu beschäftigen, als die Kaliindustrie. Die Hoffnung, daß durch das Reichskaligesetz der Kampf der Interessenten beendet und eine Grundlage für eine ruhige gedeihliche Weiterentwicklung der Industrie geschaffen werden würde, hat sich bisher nur in sehr beschränktem Maße verwirklicht. Nicht nur, daß der Streit zwischen dem Kalisyndikat und den Außenfeiterwerken, insbesondere Wschersleben, sich durch die Verträge des Syndikats mit den Amerikanern verschärft hat, — es sind jetzt auch weitgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen Handel und Syndikat bei den Vorbesprechungen über die Ausführungsbestimmungen zum Kaligesetz aufgetaucht. Der Handel befürchtet seine Ausschaltung beim Kalivertrieb und dessen völlige Überleitung an die landwirtschaftlichen Verbände. Die Reichsregierung hat die Bedenken zum Teil anerkannt und will versuchen, eine Verständigung der Parteien herbeizuführen. Mittlerweile gehen die Gründungen und der Ausbau neuer Kaliwerke munter weiter. Die Folge davon ist, daß sowohl Obligationen als Kurse neuer Unternehmungen fortdauernd dem Publikum angeboten werden. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß bei den ungeklärten Verhältnissen der Kaliindustrie die Kapitalbeseitigung auch da, wo es sich um Schuldverschreibungen handelt, ein gewisses Risiko in sich schließt. Ganz besonders aber erscheint der Erwerb von Kursen ein gefährliches Unternehmen, weil sich herausgestellt hat, daß viele der in der Form Gothaischer Gewerkschaften betriebenen Unternehmungen statutarisch eine Haftpflicht auch der früheren Besitzer für ausgeschriebene Zinsen festgesetzt haben. Dies geschieht zu dem Zweck, auf Grund der Haftpflichten hohe Kredite zum Zweck der Kapitalbeschaffung in Anspruch nehmen zu können. Es wird daher zunächst die Ausschreibung von Zinsen vermieden, aber den ahnungslosen Erwerbern der Kurse eine Haftpflicht aufgehaßt, von deren Größe sie keine Vorstellung haben. Der Vertrieb derartiger Kurse im weiteren Publikum ist durchaus nicht zu billigen.

In London ist eine mit hohen Depositionen arbeitende Bankfirma, die Birkbeck-Bank, die schon vor Monaten einen Ansturm auszuhalten hatte, infolge falscher Geschäftsgebarung zusammengebrochen. Die Firma hat über 160 Millionen Mark Einlagen, von denen etwa 25 Prozent als verloren gelten. Die Zahlungseinstellung wird darauf zurückgeführt, daß die Bank zugleich die Geschäfte einer Baugesellschaft betrieben, das heißt also, in der Anlage ihrer Depositionsgelder unvorsichtig gewesen ist, wenn auch der nächste Grund zur Unterbilanz in den Kursverlusten auf große Bestände allererstklassiger Effekten zu suchen ist. Der

Fall verdient deshalb Erwähnung, weil er wiederum zeigt, welchen Gefahren bei nicht vorsichtiger Geschäftsführung die Depostengläubiger ausgesetzt sind.

An der Börse hat sich dieser Tage eine sehr unvermutete und ziemlich belangreiche Kurssteigerung der reinen Kohlenwerte vollzogen. Ihren Ausgang nahm dieselbe an den Harpener Aktien. Man wollte wissen, daß der bayerische Staat, der von Zeit zu Zeit immer wieder als Reflektant auf dieses oder jenes Kohlenbergwerk genannt wird, sich diesmal die Harpener Gesellschaft als Kaufobjekt ausersehen habe. Indessen lag der wahre Grund für diese Kursbewegung wohl in dem Ergebnis der großen Kohlenverdingung der belgischen Staatsbahn. Diese hat für Steinkohlen und Briketts höhere Preise gebracht, und der noch immer am Werke befindliche Optimismus war sofort bereit, hieraus Rückschlüsse auf eine Besserung der Marktlage im allgemeinen zu ziehen. Daß aber im Gegenteil die Lage der reinen Kohlenwerte eine recht prekäre ist, geht aus den an dieser Stelle früher schon erwähnten Auslassungen unzweifelhaft hervor; es erscheint daher eine Warnung vor einem erneuten Auflackern des Spekulationsfiebers durchaus am Platze.

Spectator

Bücherliste

Bafari, M. Giorgio: Le vite de' piu eccellenti pittori scultori e architettori. Parte I. Herausgegeben mit kritischem Apparate von Prof. Dr. Karl Frey. München, Georg Müller.
Ein eingehendes Referat über diese große Bafari-Ausgabe hat Prof. Dr. Konrad Lange in Tübingen übernommen.

Steinberger, Alfons: Hans Dollinger und Krato. Ein Sang von der Donau. Regensburg, G. S. Manz. M. 1.—
Reißiger, Hans: Stille Häuser. Frankfurt a. M., Rütten & Loening. M. 2.50.
Hehn, Viktor: Über Goethes Gedichte. Aus dessen Nachlaß herausgegeben von Eduard von der Hellen. Stuttgart, J. G. Cotta'sche Buchhandlung.
Der Hamburger. Herausgegeben von Paul Bröder. Hamburg, Otto Bröder & Co. M. 6.50.

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Friedenan. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 Uhr.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Anzeigen-Annahme für diesen Teil beim Verlag der Grenzboten G. m. b. H.,
Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23.

Stellennachweis.

(Aus der Tages- und Fachpresse.)

Anfragen zu richten unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle der Grenzboten, Berlin SW. 11.

A. Für Akademiker.

444. Pfarrer, 1. 10., Oberbruch.
475. Bürgermeister (4200 M.), 1. 7., Sachsen.
477. Sittsprediger (2400 M.), 1. 9., Sachsen.
478. Pfarrer (3000 M.), 1. 12., Westf.
479. Tierarzt (250 M. mon.), bald, Sachsen.
484. Hauslehrer, f. 11 jähr. Knab. u. 9 jähr. Mädch., 1. 8., Pommern.
485. Hauslehrer, alt., erf., f. 3 Knab. (Sexta), 1. 7., Rheinland.

B. Für Damen.

449. Erzieherin, 1. resp. 15. 8., Mecklb.
450. Erzieherin, gepr., mus. (im Ausland gew.), 1. 8.
456. Erzieherin, f. 11 jähr. Knaben, 1. resp. 15. 8., Mecklb.

458. Erzieherin, f. 15 jähr. Mädch. (mus., ev., erf.), 1. 7., Hannover.
459. Erzieherin, f. 2 Mädch. (Mus.), 1. 7., Pommern.
461. Erzieherin, ev., mus., gepr., 1. 8., Dstpr.
463. Lehrerin, erf., ev., 1. 8., Hannover.
469. Erzieherin, ev., gepr., 1. 7., Nm.
470. Erzieherin, erf. in Sprach., Schlesien.
471. Erzieherin, ev., gepr., 1. 7., Schlesien.
490. Lehrerin, f. 1 Mädch. (Engl. u. Frz. im Auslande erf.), 1. 7., Posen.
481. Lehrerin, f. 3 Kind, f. einf. Forsthaus, 1. 10., Hannover.
482. Feingebild. Erzieherin, staatl. gepr., f. 11 jähr. Mädchen, 1. 9., Bayern.
483. Erzieherin, ev., gepr., mus., f. 1 Mädch., 1. 8., Nm.
486. Erzieherin, gepr., mus. (Rufen, Sprach., Latein), f. 10 jähr. Knaben, Beschäft. mit 18 jähr. Tochter, 1. 10., Mecklenburg.
487. Lehrerin, gepr., ev., erf., f. 10 jähr. Mädch. (Sprach., Musik), Witte August, Bad Mifflingen.
488. Erzieherin, ev., gepr., mus., f. 2 Mädch. u. 2 Knab., 1. 7., Posen.
489. Erzieherin, ev., mus., f. 8 jähr. Mädch. (Zeichnen erw.), 1. 8., Pommern.
490. Erzieherin, gepr., f. 3 Kind. (Latein erw.), 1. 8., Schlesien.

Für vorstehende Inserate verantwortlich: Karl Schulze in Berlin-Schmargendorf.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 37.